

10. AUG. 1965

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/148

Bonn, den 5. August 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	"Lobby, Lobby über alles..." ----- Es geht um 17 Milliarden DM	41
2	"Fall Förck" - eine Lehre für beide Seiten -----	20
2	Wahlspeck ----- Zählt Dahlgrün nicht mehr mit ?	30
3 - 4	Zonenrandpolitik in Wahlkampfatmosphäre ----- Bundeswirtschaftsministerium verläßt den Boden der Sachlichkeit Vor Klaus Rasticus, Hannover	77
5	Altentagesstätten und Altenkreise in Hamburg ----- Eine wichtige Gemeinschaftsaufgabe wird tatkräftig eingepackt	41
6	Auf der Straße des Fortschrittes ----- Volkspension auch in Norwegen	45

\*\*\*\*\*Zur Beachtung\*\*\*\*\*

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:  
 BdV bezichtigt Bundesregierung der Unwahrheit  
 Nicht auf Kosten der legitimen Interessen des deutschen Volkes  
 "Ich will am 19. September abrechnen."  
 Um jeden Quadratmeter deutschen Bodens ringen  
 Wider Rassenhaß und Völkermord  
 BRANDE spricht zum "Tag der Deutschen"  
 Gedenkstein auf dem Breslauer Platz in Berlin

Die Redaktion

"Lobby, Lobby über alles..."

Es geht um 17 Milliarden DM.

sp - Hinter den Kulissen der Unionsbühne spielt sich z.Z. ein für den normalen Bürger selbstverständlich nicht sichtbares Spielchen ab. Es geht dabei um runde und harte 17 Milliarden DM, die einige Interessenverbände der Großindustrie schnell noch vor Abschluß dieser Legislaturperiode des Bundestages kassieren wollten.

Die Vorgeschichte dieses Meisterstücks der Industrielobby ist recht interessant. Schon 1964 hatten sich 115 Unionsabgeordnete zusammengefunden, die unter Führung des Koblonzer Rechtsanwalts, CDU-MdB und jetzigem Bundesjustizministers W e b e r den Anspruch großindustrieller Kreise auf "Reparations- und Restitutionschäden" in Höhe von 17 Milliarden DM anmeldeten. Die Geschichte fiel damals ins Wasser, weil die Mehrheit der CDU/CSU Fraktion immerhin einige Hemmungen hatte, den Antrag zur Fraktionssache zu machen. Außerdem hatten einige hohe Beamte des Bundesfinanzministeriums erhebliche Bedenken gegen diese Art von "Schadensersatz" angemeldet, weil nicht unbekannt ist, daß die betreffenden Firmen infolge der Steuergesetzgebung der Bundesregierung recht erhebliche Gewinne erzielen konnten, die schon an sich als Entschädigung ausreichen würden. Auch rechtliche Bedenken wurden geltend gemacht.

Die Lobby der Großindustrie gab aber keine Ruhe. So kam es, daß kurz vor Torresschluß des Bundestages aus dem bisherigen "Alleingang der 115" eine "Fraktionssache" wurde. Jedenfalls erhielten die interessierten Industrieverbände mit Datum vom 30. Juli 1965 vom Arbeitskreis für Allgemeines und Rechtsfragen der Fraktion der CDU/CSU ein tröstendes Brieflein, in dem bedauernd darauf hingewiesen wird, daß bisher noch keine gesetzliche Regelung in dieser Sache möglich gewesen sei. Wörtlich heißt es an einer Stelle des Schreibens:

- \* "Bei dieser politischen Lage bleibt jetzt an Ende dieser
- \* ses Bundestages nur die b e t r ä u b l i c h e F e s t -
- \* s t e l l u n g, daß nun überhaupt keine gesetzliche Rege-
- \* l u n g möglich war..."

Unter der Hand wird den Interessenten, die auf die 17 Milliarden DM warten, in "vertraulichen Gesprächen" mitgeteilt, es liege jetzt an der Industrie selbst, dafür zu sorgen, daß der nächste Bundestag eine Mehrheit erhält, die bereit ist, die 17 Milliarden auszuspucken. Dem Vernehmen nach hat das Schreiben der CDU, CSU Fraktion in gewissen Kreisen tiefer Eindruck hinterlassen. Das ist nicht verwunderlich, denn 17 Milliarden DM sind ja schließlich kein Pappenstiel.

"Fall Török" - eine Lehre für b e i d e Seiten

sp - In Israel wurde jetzt die künstlich erzeugte Aufregung über die Ernennung des Botschaftsrates Török als zweiten Mann an der deutschen Botschaft in Tel-Aviv durch die offizielle Erklärung abgestoppt, der Diplomat sei weder Nationalsozialist noch ungarischer Faschist gewesen. Maßgebende Regierungskreise in Israel haben sogar bestätigt, man habe Töröks Vergangenheit vor seiner Ernennung genau überprüft und nichts gegen den Mann einzuwenden gehabt. Die Angelegenheit kann damit formal als erledigt gelten. Psychologisch und politisch bleibt sie ein dunkler Schatten auf den Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik, zumal man in Israel nie zuvor ein ähnlich starkes Gewitter vernehmen konnte, als Herr Globke noch Staatssekretär von Bundeskanzler Dr. Adenauer war. In Israel weist man mit Nachdruck darauf hin, der Krach um Herrn Török sei von links- und rechtsradikalen Elementen ausgelöst worden.

Das ist ohne Zweifel richtig. Doch zeigt dieses Beispiel erneut, daß man sich in Bonn u n d in Tel-Aviv darüber klar sein muß, wie wenig das Verhältnis zwischen Israel und der Bundesrepublik als eine diplomatische Routineangelegenheit betrachtet werden darf. Von b e i d e n Seiten nicht - denn sehr viel muß noch überwunden werden, um jenen Punkt zu erreichen, an dem man von einer tatsächlichen Normalisierung der Beziehungen sprechen kann.

Wahlspeck

Zählt Dahlgrün nicht mehr mit?

sp - Gibt es noch Geld in der sonst so strapazierten Bundeskasse, obwohl das zu erwartende Defizit schon weit die Milliardengrenze überschritten hat und der Bundeshaushalt aus allen Nähten platzt? Hemmungen fallen, gilt es, den Wunsch mächtiger Interessenverbände zu stillen. Dazu bedarf es nicht einmal Kabinettsbeschlüsse; es genügt, wenn sich einige Minister mit Erhard an der Spitze zusammentun und im Gespräch gleich viele Millionen aus der Bundeskasse bewilligen. Der Gesprächspartner in diesem Falle, der höchstministerielle Würdigung genöß, war der Präsident des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzer, der frühere Wohnungsbauminister Preußker. Um jedem Mißverständnis vorzubeugen: Der Althausbesitz bedarf steuerlicher Erleichterungen, zinsbegünstigter Darlehen und sonstiger Förderungsmaßnahmen, um im Wettbewerb auf dem Wohnungsmarkt bestehen zu können. Auch er hat Anspruch auf angemessene Rendite. Warum aber in aller Welt muß ausgerechnet wenige Wochen vor dem 19. September ein Wahlversprechen erfolgen? Ihm hängt allzu dicker Wahlspeck an. Bundeskanzler Erhard und seine Minister Lücke und Westrick ließen sich nicht von der Not des Althausbesitzers leiten; ihre Millionen-Geschenke wurden vom Blickwinkel des Wählerfanges bestimmt. Nun, das mag noch hingehen, die Unionsparteien müssen in der Lage, in der sie sich befinden, nach jedem Strohalm greifen. Doch dieser Strohalm eignet sich nicht als Rettungsanker. Die Gesprächspartner des Herrn Preußker verschwiegen, woker sie die Millionen nehmen wollen und wann das Wahlgeschenk in Kraft treten soll. Unter normalen Verhältnissen und in einer gut funktionierenden Regierung hat der Bundesfinanzminister über Geldausgaben zu befinden, ohne seine Zustimmung dürfen sie nicht erfolgen. Doch Dahlgrün wurde übergangen. Er hat den ganzen Tatbestand erst aus der Zeitung erfahren. Die ausgabefreudigen Minister sind also garnicht in der Lage, ihr Versprechen einzuhalten; sie setzten ein Windei in die Welt. Die letzte Kabinettsitzung, in der diese Sache behandelt werden sollte, mußte ausfallen, da viele Minister das Fernbleiben vorzogen.

## Zonenrandpolitik in Wahlkampfatmosphäre

Bundeswirtschaftsministerium verläßt den Boden der Sachlichkeit

Von Klaus Rusticus, Hannover

In der Bundesrepublik gibt es bestimmte Fakten, die sich weder von der einen noch von der anderen Seite zum Wahlschlager stempeln lassen. In solchen Fällen bleibt die sachliche Materie bestimmend. Wer sie - bereits lange vor dem Wahlkampf - kritisiert und seine Polemik unter dem Aspekt der Sachlichkeit auch in den letzten Wochen vor einer Bundestagswahl fortsetzt, weicht nicht von der Verantwortung ab. Die Partei aber, die seit Monaten berechtigte Kritik mit spontaner Polemik gerade in der Atmosphäre des Wahlkampfes zu beantworten versucht, verstößt im höchsten Maße gegen jedes elementare Gebot politischer Anständigkeit. Die Bundesregierung ist in "Sachen Zonenrandpolitik" auf den besten Wege dazu.

### "Bundesbeauftragter für das Zonenrandgebiet"

Jüngst lehnte Staatssekretär Langer vom Bundeswirtschaftsministerium die von der SPD erhobene Forderung nach einem "Bundesbeauftragten für das Zonenrandgebiet" mit der fragwürdigen Begründung ab, es sei illusorisch zu glauben, ein solcher Beauftragter mit zentraler Zuständigkeit könne die Hilfsmaßnahmen besser leiten. Die Hilfsmaßnahmen für den Zonenrand seien, so meinte Langer, so vielseitig, daß mehrere Ministerien sich damit befassen müßten. Seiner Meinung nach kann der bestehende "Interministerielle Ausschuß für regionale Wirtschaftspolitik" die Arbeiten bestens erledigen.

Wenn ein Bonner Staatssekretär in Zusammenhang mit der Ablehnung eines - in diesem Falle - grundsätzlicher Begehrens aus den Reihen der Opposition zur gleichen Zeit erklärt, die Hilfsmaßnahmen müßten kontinuierlich und elastisch fortgeführt werden, dann entfernt er sich nicht nur von jeder sachlichen Diskussion, er stempelt alle guten Forderungen und jede Kritik aus dem Zonenrandgebiet zur Farce.

### Koordinierung und Beschleunigung...

Es waren zwar überwiegend sozialdemokratische Abgeordnete aus Zonenrandgebieten, die die Forderung nach Koordinierung und Beschleunigung der Hilfsmaßnahmen in den Bundestag trugen. Doch sie stützten sich dabei auf konkrete Vorschläge sowohl aus den Reihen der Gewerkschaften als auch aus Reihen der Arbeitgeberverbände.

Die Arbeitsgemeinschaft der Zonenrandkammern z.B. negierte in ihrer vor einigen Monaten der Bundesregierung unterbreiteten Denkschrift zur Lage im Zonenrandgebiet nicht etwa jenen von dem Bonner Staatssekretär zitierten "Interministeriellen Ausschuß", aber von dieser Seite kam nicht weniger als von den Gewerkschaften die Anregung, die von verschiedenen Ministerien zu ventilierenden Hilfen zu koordinieren und vor allem zu beschleunigen.

Die Forderung nach einem solchen Bundesbeauftragten möglichst im Kabinettsrang wurde schließlich von Abgeordneten der Bonner Opposition konkretisiert, als schon mancher - aus dem Zonenrandgebiet in die Bundeshauptstadt gefunkte - SOS-Ruf auf das ministerialbürokratische Eis gelegt wurde. Weil aber schließlich des öfteren mehr auf dem Spiele

stand, als man es vielleicht auch nur in einem Bonner Ministerium ahnte, hätte ein solcher - einzusetzender ministerieller - "Koordinator" manche zeitliche Verzögerung aus dem Wege räumen können.

### Das soziologische Gefälle

Die Bundesregierung weiß sehr wohl, daß eine Fortsetzung der Kritik an der bisherigen Zonenrandpolitik gerade vor der Bundestagswahl unangenehm ist. Wenn man aber das besonders auch von der Arbeitsgemeinschaft der Zonenrandkammern wiederholt hervorgehobene soziologische Gefälle von der Demarkationslinie zum Westen der Bundesrepublik hin mit einigen lapidaren Redewendungen zu bagatellisieren versucht, dann bedarf es ganz einfach schon um der Sache willen einer Aufklärung.

Staatssekretär Langer meinte, das Zonenrandgebiet werde in Zukunft von einer gewissen Umstrukturierung nicht ausgenommen bleiben. Womöglich ist dies eine praktische der Meinung Ausdruck, daß man im Kern sofort diese und jene für eine Zonenrandgemeinde existenzwichtige Forderung mit dem notorisch gewordenen Schlagwort von der Strukturveränderung im Keime ersticken könnte. Oder ließe sich das z.B. nicht bequem bei Gemeinden tun, die um den Fortbestand einer Konserven- oder Zuckerfabrik bangen? Möglicherweise können dabei ganz andere Gründe (wie z.B. Verkehrsprobleme) eine Rolle spielen. Solche Fälle gab es schon.

Und wenn der gleiche Regierungssprecher retardierende bevölkerungspolitische Erscheinungen nicht überall, aber doch in bestimmten Gebieten an "Eisernen Vorhang" mit der allgemeinen westdeutschen Entwicklung vergleicht, dann widerspricht das ganz einfach den Tatsachen.

### Auf Verlautbarungen dieser Art sollte man verzichten

Die Bundesregierung sollte vor allem in einem Bundestagswahlkampf auf Verlautbarungen wie diese aus dem Bundeswirtschaftsministerium verzichten. Alle Länderregierungen haben übereinstimmend erklärt, daß das Zonenrandproblem eine Kriegsfolgelast sei. Sie verpflichtet die Bundesregierung, für einen wirtschaftlichen und soziologischen Ausgleich zwischen dem Zonenrand und dem übrigen Bundesgebiet zu sorgen.

Von einem allgemeinen Notstand oder von einer gesamtzutreffenden retardierenden Wirtschaftsentwicklung im Zonenrand sprachen die Länderregierungen nicht, wohl aber von noch immer besonders förderungsbedürftigen Schwerpunktgebieten im Schatten der ca. 1380 km langen Grenze und von einer generellen Verstärkung der Hilfsmaßnahmen.

### Altentagesstätten und Altenkreise in Hamburg

Eine wichtige Gemeinschaftsaufgabe wird tatkräftig angepackt

sp. - Im neuen Hamburg-Haus Einsbüttel konnte vor kurzem die neunzehnte Altentagesstätte Hamburgs eingeweiht werden. Weitere 14 Altentagesstätten befinden sich im Bau oder in der Planung. Mit anderen Worten: Hamburg ist dabei, die große Gemeinschaftsaufgabe der Hilfe für den älteren Menschen tatkräftig anzupacken, von Wort zur Tat zu gelangen.

Die Altentagesstätten sind Stätten der Begegnung und des gemeinsamen Gesprächs und sollen älteren Mitbürgern Gelegenheit bieten, in freundlicher Umgebung Kontakt zueinander zu finden. Es bestehen Möglichkeiten zur Unterhaltung, zum Basteln, Zeitunglesen, Karten- und Brettspielen, Handarbeiten, Fernsehen und zur Gymnastik. Darüber hinaus werden regelmäßig Lichtbildervorträge, Rezitations- oder Musikkabaretttage, Ausflüge, Geburtstagsfeiern und andere Veranstaltungen durchgeführt.

Die Betreuung in den Altentagesstätten liegt in den Händen der freien Wohlfahrtspflege und anderer sozialer Organisationen. Neun Altentagesstätten werden von den freien Wohlfahrtsverbänden außerdem auch bewirtschaftet, zehn von den zuständigen Bezirks- oder Ortsämtern. Die Verbände erhalten für ihre Betreuung und die laufenden Kosten Zuwendungen aus Haushaltsmitteln. 1964 standen 84 000 DM zur Verfügung; 1965 bereits 150 000 DM, wie die Staatliche Pressestelle mitteilte.

Von den Maßnahmen zur Betreuung alter Menschen sind in Hamburg neben den Altentagesstätten vor allem auch Altenkreise (früher: Frauenstunden) zu nennen. Seit etwa 1950 hatte das Arbeitslosenbildungswerk in sieben Gruppen einmal wöchentlich ältere arbeitslose Frauen betreut, um ihnen während der Zeit der Arbeitslosigkeit Anregungen zu geben, sie dem Leben gegenüber aufgeschlossen zu erhalten. Diese Gruppen wurden 1961 von der Sozialbehörde übernommen, nachdem das Arbeitslosenbildungswerk seine Arbeit vorläufig eingestellt hatte. Da die Teilnehmer damals bereits überwiegend in vorgeschrittenem Lebensalter standen, wurden die Frauenstunden zu einer Einrichtung der Altenhilfe ausgebaut und in Altenkreise umbenannt.

In den Altenkreisen haben vornehmlich alleinstehende ältere Frauen Gelegenheit, regelmäßig in einer festen Gemeinschaft zusammenzukommen. Der Kreis umfaßt jeweils 20 bis 30 ältere Mitbürger, die in Gesprächen bestimmte Themen erörtern und anschließend gesellig beisammenbleiben. In den Kreisen sollen die Teilnehmer von ihren eigenen Sorgen und Problemen gelöst und an andere Menschen herangeführt werden. Die Altenkreise veranstalten auch Ausflüge, Besichtigungen und Feiern. Zur Zeit gibt es in Hamburg bereits 24 Altenkreise, die über das ganze Stadtgebiet verteilt sind.

## Auf der Straße des Fortschrittes

### Volkspension auch in Norwegen

sk. - Die Regierung des sozialdemokratischen Staatsministers von Norwegen, Einar Gerhardsen, hat dem Storting in Oslo ein Gesetz zwecks Einführung der Volkspension in dem skandinavischen Königreich zugeleitet. Das Pensionsgesetz ist vom Reichstag in erster Lesung bereits behandelt worden, so daß sich die ersten Umrisse abzeichnen. Nach Schweden und Dänemark, die gleichfalls unter sozialdemokratischer Führung stehen, wird nunmehr ab 1967 auch in Norwegen eine Pension für jedermann eingeführt.

Das neue Gesetz soll am 1. Januar 1967 in Kraft treten. In der Präambel wird festgestellt, daß den Alten in Norwegen künftig ausnahmslos nach Ausscheiden aus dem Arbeitsleben der Lebensstandard gesichert werden soll, den sie sich während ihres Lebens erarbeitet haben. Die Volkspension wird auch für Invaliden und Witwen gelten. Mit dem neuen Volkspensionsgesetz ist ein Stufenplan verknüpft, der den Ausbau der Alterssicherung kontinuierlich bis zum Jahre 2 000 festlegt.

Am Anfang wird das Pensionsalter auf 70 Jahre festgelegt. Dann werden Ehepaare 8 100 Kronen und Alleinstehende 5 400 Kronen jährlich bekommen (eine Krone gleich 0,56 DM). Pensionen, die bisher niedriger liegen, werden auf diesen Standard angehoben.

Sicher werden nun CDU und CSU in der Bundesrepublik ihre Propagandawelle, die sich schon gegen Schweden richtet, auch auf Norwegen ausdehnen. Man muß dem entgegenhalten: in Norwegen wird jetzt ein **A n f a n g** gemacht. Die Lebenserwartung und die Arbeitsfähigkeit vor dem Hintergrund einer umfassenden Krankenversorgung und Gesundheits-sicherung am Arbeitsplatz sind in Norwegen ohnehin wesentlich höher als bei uns, so daß das Einsetzen der Volkspension bei 70 Jahren organisch in den Lebensablauf des Norwegers paßt. Hinzu kommt, daß die persönlichen Ersparnisse und Vermögen eines jeden Norwegers ein Vielfaches von dem eines Bundesbürgers ausmachen.

Der Stufenplan sieht selbstverständlich auch Ausgabensteigerungen zugunsten der Volkspension vor, wobei aber darauf geachtet worden ist, daß vor dem Hintergrund der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung keine Währungsgefährdung eintritt. Es beginnt mit der Bereitstellung von 2,7 Milliarden Kronen im Jahre 1967. 1977 werden es 5,6 Milliarden und im Jahre 2 000 22,8 Milliarden DM sein, die Norwegen jährlich in die Hände seiner Alten als Volkspension geben wird. Dabei soll dann das Pensionsalter auch herabgesetzt werden. Man geht davon aus, daß im Jahre 1990 bereits sieben Prozent des gesamten norwegischen Nationalprodukts in die Pensionskasse fließt.

Grundlage für die Einzahlungen in die Pensionskasse ist das Einkommen; der Einkommens-Empfänger wird jedoch nicht mit dem ganzen Betrag belastet. Man geht von 12,5 Prozent des Einkommens aus. Vier Prozent davon hat der Arbeitnehmer und sieben Prozent der Arbeitgeber aufzubringen. Je 0,75 Prozent zahlen der Staat und die Gemeinden. Wer weder Lohn noch Gehalt empfängt, soll 7,5 Prozent seines Einkommens in die Pensionskasse zahlen.